Schwarzes Kleeblatt

Zeitung der Anarchosyndikalistischen Jugend Berlin

- Ausgabe Nr. 2 - April/Mai 2011 -

Zum 1. Mai

„Die Welt erobert man nicht mit Worten, sondern mit Taten.“ Juan Peirò

Auch nach 121 jähriger Geschichte des ersten Mai als Kampftag der produzierenden Klasse gelten diese Worte Peirós in ungeschwächter Weise. Ja, vielleicht heute noch mehr denn damals, stehen wir doch heute in Deutschland nicht nur vor der nicht-Existenz einer Bewegung, sondern vor der gewaltigen Aufgabe, jene aufzubauen.

121 Jahre sind seit der ersten Verkündung der Maifeiern vergangen, 121 Jahre Wandel und Veränderung. Ausgerufen im Andenken an die fünf ermordeten Anarchisten von Chicago zum Kampftag für die produzierende Klasse, zur Durchsetzung des 8 Stundentags, so müssen gerade wir jungen AnarchistInnen diesen ersten des Mai auch als das wahrnehmen, was er ist, ein Auftrag an die junge Generation, an die schaffenden Libertären von heute. Sein sie anarchistisch oder syndikalistisch.

Der Auftrag lautet, erstreiten, was einst begonnen! Lernen aus der Geschichte, sehend werden der Nöte. Und schaffen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Gerade wir jungen Leute sollten die Welt, die einst uns gehörte, wiederentdecken und begreifen. Wir als zukünftige ProduzentInnen und KonsumentInnen, Praktizierende einer anderen Welt im Herzen, müssen die selbst geschaffene Perspektive sehen. Es gab eine Zeit, gerade auch in Deutschland, in der Anarchismus, Gewerkschaft, Konsumverein, Baugenossenschaft, Krankenkasse, Kulturvereinigung und Verlag hieß.

Heute sind die meisten Versuche verkümmert, Erfahrungen verschüttet.

Uns der jungen Generation ist es Aufgabe, in Erfüllung des 1. Mai, diese Themen wieder zu entdecken. Nicht nur leere Worte zu schaffen, sondern auch zur Tat zu schreiten.

Fangen wir an, die Nöte und Bedürfnisse unserer Mitmenschen zu organisieren, nach unseren Prinzipien! Lassen wir uns auf die Menschen ein, und finden wir nicht nur das Wort um sie zu erreichen, sondern auch die Tat. Lasst uns schaffende Menschen werden. Lasst uns den diesjährigen 1. Mai als Ausgangspunkt dafür nehmen, lasst uns protestieren gegen unsere eigenen Misstände, der Niedrigbezahlung in der Ausbildung, dem Arbeitszwang für unter 25-jährige, Klassenkalkül in den Studien- und Wissensstätten, gegen überfüllte Klassenzimmer und überforderte oder inkompetente WissensvermittlerInnen, der zunehmenden Leiharbeit bei unter 25-jährigen, Zwangskulturalisierung unserer migrantischen Mitmenschen, Streichungen im (Jugend-) Kulturbereich.

Und lasst uns nicht beim Protest aufhören, sondern anfangen, gemeinsam unsere Bedürfnisse zu organisieren, über den 1. Mai hinaus, in der Schule, im Stadtteil, mit FreundInnen und Fremden. Kommt zusammen, organisiert euch.
Mit uns. Zusammen!

Denn noch immer gilt: „Aus dem Elend zu erlösen, können nur wir selber tun!“

Frank Pott

V.i.S.d.P.: Jeff Monson, Märkische Allee 13 , 12679 Berlin

Editorial

Aufruhr, Widerstand...
Es ist viel passiert in den letzten Monaten und es wird noch einiges kommen. Das „Schwarze Kleeblatt“ Nr. 2 liegt vor euch und es gibt viel zu berichten. Der 1.Mai steht an und deswegen wollen wir euch mit unserem Leitartikel dazu aufrufen, auf die Straße zu gehen, diesen Kampftag zu feiern und eure Sache selbst in die Hand zu nehmen. Die Straßen der U.S.A. können uns in diesem Fall nur als Vorbild dienen. Im Bundesstaat Wisconsin besetzten tausende GewerkschafterInnen das Kapitol, um der drohenden Entmachtung der Gewerkschaften entgegenzutreten. Und auch in Nordafrika und dem nahen Osten brodelt es heftig. Die Protestbewegungen in diesen Ländern werden wir bei “Globales” beleuchten. Zudem findet ihr in einer Sonderrubrik einen Gastartikel von der ASJ-Göttingen über die Situation der Chimki-AktivistInnen, die sich gegen die Abholzung des Waldes rund um Moskau gestellt haben.
Und während es in russischen Wäldern knallt, knallt es auch in Japanischen AKWs. Fukushima hat gezeigt wozu Atomkraft fähig ist. Zum Thema Atomdebatte unser Artikel in “Überregionales”.
Aufruhr und Widerstand überall. Und hier? Hier heißt es zurückschauen und aufbauen. Die Proteste gegen die Privatisierung von Jugendclubs sind abgeflaut, obwohl das Thema nicht weniger brisant geworden ist. Daran wollen wir erinnern und hoffen, dass sich bald wieder Widerstand entzündet. Erinnern will die ASJ-Berlin auch als Teil des “Niemand-ist-Vergessen” Bündnisses. Zum 11. mal jährt sich der Todestag des von Neonazis ermordeten Dieter Eich. Getreu des Bündnis-Mottos findet auch dieses Jahr wieder eine Gedenkkundgebung in Buch statt. Hintergründe zur Bündnissarbeit findet ihr bei „Regionales“.
Und somit wünschen wir euch viel Spaß und kämpferische Monate.
Eure Schwarze Kleeblatt Redaktion.

Hinaus zum revolutionären 1. Mai!

So lautet auch dieses Jahr wieder die Parole. Doch der 1. Mai, als größtes Ereignis aller linken Strömungen, ist ja bekanntermaßen ein Tag, an dem man kaum weiß wohin, vor lauter Aktionen. Um euch die Entscheidung ein wenig zu erleichtern, haben wir hier ein paar Vorschläge für Termine gesammelt, die wir für besonders lohnend halten.

Los geht es schon am 30. April...
...mit dem traditionellen Walpurgisnachtkonzert und der Vorabenddemo: Das Konzert unter dem Motto “Reclaim your Kiez! – Boxi zurück”, beginnt um 14 Uhr auf dem Wismar Platz in Friedrichshain (U Samariterstr) mit:

Rolando Random & The Young Soul Rebels (Ska)
Die Wallerts (Humpa)
Frei Schnauze (Punk)
Knattertones (Ska)
Conexion Musical (Hip Hop)

Danach wird mit der “Wir bleiben alle!”-Demo der Gentifizierung, speziell in P’berg und Mitte, der Kampf angesagt!
Beginn : 16.30 Uhr
Treffpunkt : Rosenthaler Platz
mehr Infos auf walpurgisnacht.blogsport.eu

Gewerkschaftsdemonstration
Beginn : 09.00 Uhr
Treffpunkt : Wittenbergplatz
Der 1. Mai selbst beginnt mit der großen Gewerkschaftsdemonstration, zu der der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) alljährlich aufruft. Mit von der Partie sind aber nicht nur ver.di und co., es wird auch wie üblich einen klassenkämpferischen Block geben.

Revolutionäre Demo
Beginn : 18.00 Uhr
Treffpunkt : Kottbusser Tor
Ohne sie wäre keine Liste von Terminen zum 1.Mai komplett : Die revolutinäre 1. Mai-Großdemo am Kottbusser Tor, zu der das berliner 1. Mai – Bündnis aufruft, um für Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft auf die Straße zu gehen.

Naziaufmarsch in Bremen stoppen
Nach der Fusion von NPD und DVU versuchen die Nazis nun unter dem Namen „NPD – Die Volksunion“, mithilfe eines großen Aufmarsches in Bremen, Aufmerksamkeit zu erhalten (schließlich sind bald Landtagswahlen). Das gilt es zu verhindern! Deshalb auf nach Bremen und keinen Fußbreit den FaschistInnen!
Doch nicht nur am 1. Mai selbst gibt es viel Programm, nein, schon am 30.

Wohin denn mit den Jugendlichen?

Viele berliner Jugendclubs wurden in den letzten Jahren privatisiert. Doch was wurde aus dem Geschäft mit den Jugendeinrichtungen?

Sie kamen mit Fahrrädern, Transpis und Plakaten. Und dann? Die Proteste gegen die Privatisierung von Jugendclubs sind schon lange abgeebbt und aus dem Bewusstsein der Meisten verschwunden. Doch dies kann noch lange nicht als Beweis gelten, dass sich alles zum Guten entwickelt hat.

Zur Vorgeschichte.

Bereits 2007 begann der Bezirk Lichtenberg seine Jugendclubs an sogenannte freie Träger zu verkaufen. Innerhalb kurzer Zeit hatte der Bezirk über 90% seiner Jugendclubs aufgegeben und den privaten BesitzerInnen überlassen. Der Bezirk zog eine positive Bilanz, die Kosteneinsparungen schienen sich zu lohnen und so kamen andere Bezirke schnell in Zugzwang. Denn da Lichtenberg es geschaft hatte effizient an der Jugend zu sparen, wurden schnell die Zuschüsse der anderen Bezirke gekürzt. Nach dem Motto, wenn die das können, könnt ihr das auch, sollten die Einsparungen im Jugenbereich so schnell wie möglich geschehen.

Angestellt, Ausgestellt, Arbeitslos

Entgegen der ständigen Beteuerungen kann man sagen, dass sich die Lage in den Jugendclubs deutlich verschlechtert hat. Auf der Seite der VerliererInnen stehen ganz klar die Angestellten und die Jugendlichen.

Für die öffentlich Angestellten bedeutet die Privatisierung einen gewaltigen Einschnitt. Sie stehen vor der Wahl: Entweder sie verlassen ihren alten Arbeitsplatz, oder sie nehmen eine Stelle bei den freien Trägern an.

Doch die freien Träger zahlen weniger Lohn, bieteten keinen Schutz vor Kündigungen und stellen die Angestellten in vielen Fällen sowieso nur für kurze Zeit ein. Nach einem halben oder auch ganzen Jahr laufen die meisten Arbeitsverträge aus und die Angestellten können ihre Sachen packen. Jene Angestellte, die nicht zu einem freien Träger übertreten wollen, müssen hoffen eine Stelle in einem noch öffentlichen Jugendclub zu kriegen. Andernfalls bleibt nur die Arbeitslosigkeit.

Statt der teuren, erfahrenen Angestellten weden einfach Zivildienstleistende oder PraktikantInnen angestellt, die in der Regel weniger Lohn kosten und schneller den Arbeitsplatz wechseln.

Geteiltes Leid ist doppeltes Leid

Diese Entwicklung wirkt sich natürlich auch auf die Situation der Jugendlichen aus, die die Angebote der Jugendclubs wahrnehmen. Dadurch, dass die Angestellten ständig den Arbeitsplatz verlassen und neue ihren Platz einnehmen, fehlt jede Art der Beständigkeit. Abgesehen von persönlichen Beziehungen zwischen Jugendlichen und Angestellten die durch die befristeten Arbeitsverträge schnell zerrissen sind, ändern sich natürlich auch die Gestaltung und Qualität von Veranstaltungen und Angeboten in den Häusern. Aufgrund von Halbtagsstellen fehlt den Angestellten häufig auch schlichtweg die Zeit sich um Dinge wie zum Beispiel die Bewerbung von Veranstaltungen zu kümmern.

Angebot und Nachfrage

Aus diesen Gründen ist es falsch zu behaupten, die Angebote in den Jugendclubs währen stabil geblieben. Und doch wird genau das von Seiten der Bezirke und des Senats nur zu gerne behauptet.

Schon allein die Tatsache, dass die freien Träger in der Regel weniger Personal einstellen, sollte ja den Schluss zulassen, dass dementsprechend das Angebot leiden muss. Außerdem sind Fälle bekannt, in denen die Anzahl der Veranstaltungen pro Jahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. Ob dies einfach verschwiegen wird oder den ensprechenden Gremien nicht bekannt ist, steht zur Debatte, denn tatsächlich gibt es schlichtweg keine Kontrollen ob und wie sich das Angebot unter den freien Trägern entwickelt. Jahrelang von den öffentlich Angestellten gekauftes und gepflegtes Equipment verkommt unter den freien Trägern, weil die Reperarurkosten zu hoch scheinen, die Jugendlichen sind den Launen

und Geschäftsideen der BesitzerInnen völlig ausgeliefert. So kommt es auch vor, dass in den Jugendclubs einfach kein Platz mehr für Jugendliche ist, z.B. wenn sich ein Träger dazu entscheidet die Räume am Wochenende an private VeranstalterInnen zu vermieten. In solchen Fällen ziehen die Jugendlichen gegenüber den Mietezahlenden den kürzeren, schließlich rechnet sich so eine private Veranstltung viel mehr. Die Jugendlichen müssen dann sehen wo sie bleiben, sie haben im Wettbewerb den Kürzeren gezogen.

Hauptsache billig?

Der immense Verlust an Kulturangeboten für Jugendliche ist bereits ein harter Schlag, der die Privatisierung mehr als nur fragwürdig erscheinen lässt. Doch viel bitterer erscheint das Ganze, wenn man sich die tatsächliche Sparbilanz der Bezirke ansieht. Denn die behaupteten Einsparungen sind gar nicht so hoch wie immer behauptet wird. Die Kosten werden größtenteils von den Bezirken an den Senat weitergegeben. Schließlich können die öffentlich Angestellten nicht einfach gekündigt werden. Sie stehen unter besonderen Kündigungsschutz und müssen daher weiter Bezahlt werden, solange sie nicht freiwillig kündigen. Zudem bleiben die Jugendclubs auch unter den freien Trägern nicht ohne staatliche Zuschüsse. Alles in allem Fallen immer noch große Kosten für Jugendclubs an, die nicht mehr den Jugendlichen dienen.

Gewinner bleiben die freien Träger die dank billigem Personal, staatlicher Zuschüsse und erhobenen Mieten in den meisten Fällen auf positive Bilanzen schauen können.

Auf Kürzungen folgt Widerstand?

Viele der Belegschaften wurden nur kurz vor den anstehenden Privatisierungen darüber informiert, dass auch ihre Einrichtung nun verkauft werden soll. Dementsprechend schwierig war es in vielen Fällen sich gegen die anstehende Veränderung zu wehren und trotzdem wurde viel probiert. Vor allem auf Demonstrationen wurde versucht auf die Situation in den Jugendclubs aufmerksam zu machen. Immer wieder zogen Lauf- und Fahrraddemos von Angestellten, Jugendlichen und deren Eltern vor die verantwortlichen Bezirksverwaltungen. Auch direkt in den Versammlungen oder an deren Rand versuchte man sich Gehör zu verschaffen. Doch letztlich wussten alle politischen VertreterInnen das Problem kleinzureden. Die Abgeordneten verwiesen darauf, dass alle Befürchtungen überzogen seien, und sich alles einrenken würde.

Und Jetzt!?

Es bleibt abzuwarten wie sich die Lage weiter entwickelt. Es ist durchaus möglich, dass ein weiterer großer Teil der Jugendclubs privatisiert wird. Und auch die Lage der bereits privatisierten Clubs bleibt wackelig. Immerhin steht es den freien Trägern offen, wie lange sie einen Jugendclub unterhalten wollen. Sollte sich herausstellen, dass sich ein bestimmtes Haus nicht mehr rechnet, kann es einfach geschlossen werden. Ohne Ersatz. Die Leidenen sind dann wieder die Jugendlichen, denen die Räume genommen werden.

Das Interesse der Öffentlichkeit hat jedenfalls stark abgenommen. Nachdem der Widerstand gegen die Privatisierungen ins Leere lief und sich Informationen über Misstände nur auf kleine Kreise ausbreiten, bleibt zu hoffen, dass sich in Zukunft die Betroffenen wieder stärker anfangen zu wehren und die Öffentlichkeit wieder Notiz davon nimmt. Es gärt weiter in den Jugendclubs dieser Stadt.

Kein Platz für "Schmarotzer"

Über das Bild erbwerbsloser Menschen in der Gesellschaft

Am 24. Mai 2000 verübten vier Neonazis im Berliner Stadtteil Buch einen brutalen Mord. Erst schlugen sie Dieter Eich in seiner Wohnung zusammen, später erstachen sie ihn, um eine eventuelle Zeugenaussage zu verhindern. Dieter Eich, der damals Sozialhilfe empfing, fiel den Neonazis zum Opfer, weil er aus ihrer Sicht ein „Asozialer" war. Die Voraussetzungen für solch einen Mord schaffen nicht in erster Linie gewaltbereite Neonazis, sondern auch eine tief in der Gesellschaft verwurzelte Wertvorstellung, die die Würde von Menschen anhand ihrer Verwertbarkeit für den Arbeitsmarkt misst.

Die Tat

11 Jahre ist es nun her, dass der Erwerbslose Dieter Eich in seiner Wohnung in Berlin-Buch von Neonazis ermordet wurde. In der Nacht zum 24. Mai drangen die 4 Täter, darunter Rene R., der im selben Haus wohnte, in die Wohnung des 60jährigen Sozialhilfe-empfängers ein, verprügelten diesen und töteten ihn später mit einem Messerstich ins Herz, um ihn an einer belastenden Aussage zu hindern. Einen „Assi" wollten sie „klatschen", gaben sie später vor Gericht bereitwillig zu. Dieter Eich, in ihren Augen ein „Sozialschmarotzer", der dem Staat nur auf der Tasche läge und den "Volkskörper" zersetze, wurde so zu ihrem Opfer. Eine zutiefst erschreckende und menschenverachtende Tat. Ein Großteil der Menschen würden zustimmen, dass so etwas nicht gebilligt werden kann, dennoch teilen viele Menschen die Wut auf Hartz-IV-BezieherInnen, welche auch die Mörder Eichs leitete.

Das Märchen vom faulen Schmarotzer

Der weit verbreitete Hass auf Erwerbslose ist nicht allzu verwunderlich, hört man doch aus der Presse und von PolitikerInnen immer den gleichen Brei: Arbeitslose seien allesamt faule Säcke, die nie wieder arbeiten gehen wollen, den ganzen Tag vor dem Fernseher liegen und Bier trinken. In diese erwerbslosen, und damit im wirtschaftlichen Alltag auch schwierigsten Lebenslagen werden dann noch „spätrömische Dekadenz" und „leistungsloser Wohlstand" hinein fantasiert. Leuten, die noch eine Arbeit haben, soll vermittelt werden, dass sich Erwerbslose auf ihre Kosten den „Wanst voll schlagen", während sie - wie es von ihnen abverlangt wird - täglich brav für einen Geringteil (Lohn) dessen, was sie erwirtschaften, schuften gehen.

Auch heißt es oft, die Hartz-IV-Sätze seien zu hoch, der „geringe" Unterschied zum Lohn mancher ArbeiterInnen sei schlecht für die Arbeitsmoral. Die Annäherung von Hartz-IV an Gehälter ist allerdings weniger den zu hohen Sätzen für Erwerbslose geschuldet, als einem immer stärkeren Sinken der Löhne. Wie das Leben als SolzialhilfeempfängerIn tatsächlich aussieht, kann sich kaum jemand vorstellen. Die traurige Wahrheit ist nämlich, dass man mit dem bisschen Geld was man bekommt, meist gerade so seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Die Teilhabe am sozialen Leben wird damit verweigert, da das Geld für z.B. Nachhilfe, Kino, Bücher, etc. oft nicht oder nur kaum reicht.

Arbeit - um jeden Preis?

Gerade in der Politik gilt die Devise: Arbeite und du bist was wert, tue es nicht und du bist wertlos.

Doch nicht einmal die politischen Eliten, die beständig Erwerbslosen vorhalten, sie sollten sich gefälligst um Arbeit bemühen, würden unter Konditionen, wie sie sie selbst vorschlagen ihre Arbeitskraft zu Markte tragen. So schlug z.B. die Grünenpolitikerin Claudia Hämmerling im April 2010 vor, Hartz-IV-BezieherInnen für das Auflesen von Hundehaufen einzusetzen [1]. Dies zeigt nur einmal mehr, wie Menschen ohne Arbeit in unserer Gesellschaft gesehen werden. Doch der ausbleibende Widerstand aus der Bevölkerung schafft die Basis für jene „Normalität" solcher menschenverachtenden Aussagen.

Setzt man sich näher damit auseinander was Arbeit überhaupt ist, ist es nur zu verständlich, dass manche Menschen sich davon fernhalten wollen. Denn unsere in (Lohn-)Arbeit verpulverte Kraft ist nichts weiter als eine Ware – eine Ware mit einem bestimmten Wert, austausch- und vergleichbar mit anderen Waren. Der Mensch ist dem nach das wert, was er erwirtschaftet und wird dadurch selbst zur Ware. Die Interessen und Bedürfnisse der/des einzelnen treten dabei in den Hintergrund und sind der Gewinnsteigerung und dem Profitinteresse der Bosse unterzuordnen.

Um auf den Mord und die erschreckenden Zustände in der Gesellschaft aufmerksam zu machen, wird es am 16.05. eine Podiumsdiskussion zum Thema "Die verschwiegenen Toten" und eine Kundgebung am 24.05. am S-Bhf Berlin-Buch geben (mehr zu beidem auf der letzten Seite bei "Termine")

Mehr Infos zum Thema:
www.niemand-ist-vergessen.de

[1] http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/gruenen-politikerin-fordert-task-force-gegen-hundedreck/1783778.html

22,7% oder weniger...

...ist der Atomstrom-Anteil der Stromerzeugung in Deutschland[1]

Befürworter der Atomkraft sagen, dass diese Art der Energiegewinnung kostengünstig sei und das umweltbelastende Austreten von Treibhausgasen verhindert werde, AtomlobbyistInnen propagieren gar eine Abgasfreiheit. Atomkraftwerks(AKW)-BetreiberInnen behaupten, dass sie mit dem Bau neuer AKWs nur den wachsenden Bedarf decken.

Dass kein CO2 Austritt, stimmt so nicht ganz. Ungerechnet bleiben nur die CO2-Emissionen, die sich durch den Bau von Atomkraftwerken, den Betrieb von Uranerzminen und Urananreicherungsanlagen und nicht zuletzt den Transport von Atommüll ergeben.

Kostengünstig ist es auch nur für KraftwerksbetreiberInnen. Forschung und Entwicklung der Atom-technik wurden maßgeblich durch den Staat gestützt. Laut der Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH fließen noch immer „jedes Jahr rund 200 Millionen Euro Steuergelder in neue Atomprojekte und Atomforschung. Dazu kommen Steuervergünstigungen, Beihilfen, Staatskredite und Exportbürgschaften in Milliardenhöhen für die Atomindustrie."

Schon bei kleineren Störfällen kann Radioaktivität an die Umwelt (rund um AKWs, aber auch im Umkreis von Wiederaufbereitungsanlagen und Uranabbaugebieten) abgeben werden, was gesundheitsschädlich für Mensch und Tier ist. Technik und Elektronik veralten – Rohre werden spröde, Steuerungen fallen aus, Ventile und Pumpen versagen, Risse wachsen. Menschen machen Fehler.

Andere Bedrohungsszenarien wären: Ein direkter Angriff auf einen Castor- bzw. Urantransport oder eine Atomanlage (z.B. in einer Wiederaufbereitungsanlage: abgespaltetes Plutonium kann zum Bau einer Atombombe verwendet werden), auch ein Flugzugabsturz kann den atomaren Ernstfall herbeiführen, wenn z.B. die Reaktorgebäudewand eingerissen und ein Brand ausgelöst wird.

Mit dem chemischen Element Uran wird der Brennstoff (Brennstäbe) für AKWs hergestellt. Uranvorkommen liegen z.B. in Australien, Russland, Südafrika (oft in Gebieten indigener Bevölkerungsgruppen). Für den Uranabbau werden großen Mengen an Wasser benötigt, was den Menschen vor Ort ihr Trinkwasser raubt. Zurückgelassen wird Schlamm, radioaktiv und giftig, der ins Grundwasser sickert. Dadurch steigt die Krebsrate bei ArbeiterInnen und AnwohnerInnen. Das Abbaugebiet wird als tote Erde zurückgelassen.

Aus einer Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz, das sich mit kerntechnischer Sicherheit, der Beförderung und Entsorgung radioaktiver Stoffe beschäftigt, geht hervor, dass Kinder unter fünf Jahren mit der Nähe zum Reaktorstandpunkt deutlich öfter an Krebs erkranken. Im Umkreis von 5 km eines AKW liegt das Krebsrisiko um 60-75% höher als in anderen Gebieten, dies bestätigt auch das Deutsche Kinderkrebsregister. Das sind wohl die Begleiterscheinungen? Denn das ist kein Resultat eines Unfalls mit erhöhtem Austritt, das sind die Konsequenzen des Normalbetriebs eines AKW, bei dem stetig kleinste Mengen von Radioaktivität an die Umwelt abgegeben werden.

Für Erwachsene gibt es noch keine vergleichbare Studie.

„Für die geordnete Beseitigung ist nachzuweisen, dass der sichere Verbleib für bestrahlte Kernbrennstoffe [...] in Zwischenlagern bis zu deren Ablieferung an eine Anlage zur Endlagerung radioaktiver Abfälle gewährleistet ist." (Atomgesetz)

Die Frage der Entsorgung ist aber ungeklärt, es gibt keine gesicherten Endlager. Die verbrauchten Brennstäbe werden entweder in Zwischenlager wie Gorleben oder in Wiederaufbereitungsanlagen wie La Hague gebracht, wo recyceltes Uran in neue Brennstäbe verarbeitet wird (doch zum einen lassen sich abgebrannte Brennelemente nicht vollständig erneuern, zum anderen vergrößert der Einsatz zahlreicher Chemikalien vor Ort den Atommüllberg).

Ein Endlager, das unbewohnt, über hunderttausende von Jahren (abhängig vom Abfallprodukt) geologisch stabil wäre, nicht ins Meer entwässert und fernab von potenziellen Rohstoffquellen liegt, wurde weltweit nicht gefunden.

Praktische Anwendung fand die Atomtechnik zuerst in der Atombombe. Später gelang auch die zivile Verwendung der Kernspaltung – die ersten AKWs wurden in den 1950er Jahren gebaut, in der Zeit des Wirtschaftswunders, des blinden Fortschritts- und Technikglaubens. Bis heute werden die physikalischen Prozesse der Kernreaktion imitiert, die auch auf der Sonne stattfinden. Statt aber diesen natürlichen Ablauf durch Solarstromgewinnung einfach zu nutzen, beschäftigt sich mit dem Bau vergleichsweise diletantischer Anlagen.

Mehr Infos: 100-gute-Gruende.de

[1] Anteil bezogen auf Bruttostromerzeugung. Quelle: http://www.kernenergie.de/kernenergie/Themen/Kernkraftwerke/Kernkraftwerke_in_Deutschland/

Das hättet ihr wohl gerne!

In den USA gehen hunderdtausende gegen Gesetzesänderungen auf die Straße

Nicht nur in Nordafrika und dem arabischen Raum ereignen sich Massenproteste, Revolten und Umstürze bis hin zum Bürgerkrieg – wie gerade in Libyen. Von der Presse fast außer Acht gelassen finden seit Ende Februar auch Massenproteste in den USA statt. Mit über 120.000 Menschen in Madison, Wisconsin, die auf die Straße gegangen sind und das Kapitol besetzt haben, ist dies einer der größten Proteste in den USA. Doch geht es nicht um den Sturz der Regierung, sondern um ein höchst umstrittenen Gesetzentwurf, welcher den Gewerkschaften, also den Interessenvertretungen der ArbeiterInnen, jegliche Kompetenz entziehen soll ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Mit dieser "Budget Repair Bill" soll der geschundene Haushalt Wisconsins saniert werden. Der Hauptstreitpunkt ist dabei ein Abschnitt der besagt, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht mehr ihre Löhne selbst verhandeln und für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen streiken dürfen, sondern die Lohnvorgaben des Bundesstaats akzeptieren müssten – dass heißt jede Lohnkürzung akzeptieren müssten. Damit würden Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und staatlichen ArbeitgeberInnen illegal. Das wäre eine Verletzung der Vereinigungs- und Gewerkschaftsfreiheit, die auch Teil der UN-Menschenrechtscharta ist, welche auch die USA unterschrieben haben. Das scheint den Herrschenden aber egal zu sein. Zugleich sollen Renten und Pensionen, sowie die Ausgaben für öffentliche Bildung und das Gesundheitssystem drastisch gekürzt werden. Ähnliche Gesetze sollen auch in Ohio und Missouri durchgebracht werden. In Missouri sollen, wenn es nach dem Willen der republikanischen Senatorin Jane Cunningham geht, darüber hinaus auch viele Gesetze zum Schutz gegen Kinderarbeit wegfallen.

Zu verantworten hat das der republikanische Gouverneur von Wisconsin, Scott Walker. Als Gouverneur Walker sein Amt angetreten hat, gab es in Wisconsin einen Budgetüberfluss. Nachdem aber gut 140 Millionen US-Dollar Geschenke an Gruppen, wie die Rüstungslobby, welche den Wahlkampf der Republikaner unterstützt haben, verteilt wurden, muss das Geld wieder beschafft werden. Mit dem Argument, dass 137 Millionen US-Dollar fehlen, sollen jetzt die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes dafür aufkommen.

Gegen diese Sparmaßnamen auf Kosten der Bevölkerung hat sich ein breiter Widerstand organisiert. Über die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und privat beschäftigter, sind auch viele SchülerInnen und Studierende an den Protesten beteiligt. An den Demonstrationen nahmen zeitweise bis zu 150.000 Menschen teil, was dazu führte dass sie das Regierungsgebäude besetzten, um eine Abstimmung über das Gesetz zu verhindern.

Aus dem gleichen Grund flohen 14 Abgeordnete der Demokraten in benachbarte Bundesstaaten, damit eine Beschlussfähigkeit über das Gesetz nicht gegeben ist.

Doch nachdem die bisherige Durchsetzung gescheitert war, haben die Republikaner einen Verfahrenstrick angewendet: Der bisherige Gesetzentwurf wurde aufgeteilt. In einen Teil, welcher die haushaltsrelevanten Teile enthält und einen anderen, der die Gewerkschaftsrechte einschränkt. Damit war bei letzterem eine Mindestanzahl an Senatoren nicht mehr erforderlich und konnte mit der Mehrheit der Republikanischen Abgeordneten durchgesetzt werden. Natürlich ist die Empörung groß und die Menge, die am 12. März zusammengekommen ist, zeigt, dass die Leute verstanden haben, dass es nicht nur um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes geht. Selbst FarmerInnen haben sich mit Traktoren an der Demonstration beteiligt.

Doch der Rückhalt der Protestierenden im Rest der USA lässt zu wünschen übrig, was sich mit dem großen Enfluß der Medien erklären lässt. So behaupten die US-amerikanische Rechte und ihre von Fox News beherrschten Medienorgane regelmäßig, Angestellte im öffentlichen Dienst seien viel zu hoch bezahlt und führten ein viel angenehmeres Leben als Menschen, die in der Privatwirtschaft arbeiteten. Viel von dieser Propaganda hat weite Teile der US-amerikanischen Öffentlichkeit davon überzeugen können, dass sie von räuberischen Gewerkschaften und Staatsangestellten ausgenommen werden.

Um dem Gesetz entgegenzutreten gab es auch den Aufruf zum Generalstreik, also der Landesweiten Niederlegung der Arbeit. Es bleibt also den ArbeiterInnen in den USA noch viel Erfolg beim Kampf gegen die Obrigkeit zu wünschen!

Machtkampf in Maghreb und Morgenland

Zwischen Solidarität und Skepsis zu den Umwälzungen in Nordafrika und Nahost

Es ist immer bewundernswert, wenn ein Volk sich gegen seine HerrscherInnen auflehnt. Sind Unzufriedenheit und Missmut so sehr angewachsen, dass sich die Bevölkerung eint und den Regierenden den Garaus macht, ist dies immer ein bewegender Moment. Es herrscht eine Zeit des Aufbruchs und der Freude. Im Kampf gegen die Herrschenden der Welt zeigen wir uns mit jeder Bevölkerung solidarisch, so auch mit der des Maghrebs und des Orients.

Zur allgemeinen Lage

Seit Januar wackeln hier die politischen Gerüste vieler, vieler Staaten beträchtlich. Ja, in einigen Staaten, wie Tunesien, Ägypten und mittlerweile auch in Syrien wurden alte Machthaber bereits gestürzt, in Libyen sind die Fronten dermaßen verhärtet, dass es zu einem Bürgerkrieg gekommen ist. Auch in einigen anderen Staaten dieser Regionen – wenn auch in den gängigen Medien nicht so präsent – wüten Proteste etlicher Menschen auf den Straßen. Doch bei aller Euphorie muss man die Revolutionen in diesen Ländern vorwiegend differenziert betrachten. Der Euphorie müssen schnell Aufmerksamkeit und Skepsis folgen. – Wie geht es weiter? Die Aufbruchsstimmung zumindest verliert sich nach einiger Zeit...

Komme was wolle?

Denn durch die Beseitigung der alten Regime, entstehen gewaltige Machtvakuen, welche durch die allgemeine Unorganisiertheit der aufständischen Massen nicht unmittelbar von ihnen selbst ausgefüllt werden können. Das ruft bestehende politische Machtblöcke, „Eliten“, auf den Plan, welche ihre Chance wittern, die Herrschaft mit all ihren Privilegien an sich zu reißen. Privilegien, die sie nur durch das Fortbestehen des Elends der breiten Bevölkerung in diesen eigentlich häufig sehr rohstoffreichen Ländern gewährleisten können. Scheinsozialistische Militärdiktatoren oder Islamistische FundamentalistInnen stürzen aus allen Ecken, um sich zu profilieren und um machtpolitisch zu interagieren. Wie geht es beispielsweise in Ägypten weiter? Nach dem Sturz Mubaraks regiert hier (provisorisch) ein Militärrat. Dieser befürwortet einen Erlass zum Verbot von Kundgebungen und Bestrafungen von DemonstrantInnen und geht rigide gegen politische und gewerkschaftliche AktivistInnen vor. Staatliche Misshandlungen und Folter im Zuge von Protesten sind lange nicht von der Tagesordnung verschwunden. Fakt ist, dass die hier gerade erst neu gegründeten Gewerkschaften kein leichtes Spiel haben werden.

In Tunesien wurde der erste Übergangspräsident bereits abgesetzt und auch ob kommende Wahlen etwas zum Besseren bewegen, bleibt, nicht zuletzt auf Grund nach wie vor bestehender alter Machtstrukturen, kritisch zu beäugen. Nach wie vor wüten Proteste gegen die derzeitige Lage. Beim Blick auf die tunesische Gewerkschaftslandschaft lässt sich ebenso viel Potenzial wie Gefahr ausmachen. Die UGTT als größte Gewerkschaft Tunesiens spielt eine historisch und aktuell bedeutsame Rolle in der Gesellschaft. Jedoch wird diese Gewerkschaft zentral geführt. Dieser Umstand könnte zur Folge haben, dass mögliche Machtvakuen von staatlicher Seite für repressive Zwecke ausgenutzt werden. Anderseits kann sich aus dem breiten gewerkschaftlichen Selbstverständnis der TunesierInnen auch eine selbstorganisierte Eigendynamik entwickeln, welche zu wünschen wäre. Sicher ist nur, dass die Lage in

diesen Ländern lange noch nicht zur Ruhe gekommen ist, auch wenn sie aus dem Fokus der allgemeinen öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden sind.

Interventionen anderer Staaten

Doch nicht nur innerstaatliche Politgruppierungen versuchen das Ruder zu übernehmen, auch die westliche Welt versucht rigoros und offensiv ihre Einflüsse auf den Maghreb zu sichern. So bekannte man sich „ganz solidarisch" zu den Aufständischen und den Umwälzungen in Tunesien und Ägypten. Ein Hohn, wenn man bedenkt, dass Europa, USA & Co Jahrzehnte von den dortigen Regimen profitierten, sie tolerierten, ja geradezu legitimierten. Die SPD befand sich beispielsweise bis vor kurzem in einer internationalen Organisationen mit Mubaraks Regierungspartei, auch wenn das nur eine kleine Facette der alten Verbundenheit ist. Aber verständlich ist das höhnische Verhalten doch, vor allem deswegen, weil die westlichen Industriestaaten keinesfalls wichtige Handelspartner verlieren wollen. So schlagen sie sich rechtzeitig auf die Seite der Kauf- und Produktionskraft der breiten, arbeitenden Bevölkerungsmasse. „Der Westen" will hier weiterhin gemäß der kapitalistischen Wirtschaftsweise einerseits seine Produkte absetzen und andererseits billig Rohstoffe importieren. Nicht nur Öl- und Gasreserven, sondern auch die mögliche Nutzung der sonnigen Regionen für immense Projekte regenerativer Energien (& Nähe zu Europa) machen die Gegend so attraktiv. Außerdem liegen die arabischen Staaten an strategisch wichtigen Seewegen, unter anderem der Straße von Gibraltar oder dem Suezkanal. Im Allgemeinen spielt der gesamte Mittelmeerraum eine wichtige Rolle für den europäischen (Schifffahrts-)Handel. All diese wirtschaftlichen Absichten führen sogar soweit, dass militärische Interventionen erfolgen.

Der Krieg in Libyen

Als die Aufständischen Libyens schon fast in die Knie gezwungen wurden, schickte „der Westen" militärische Hilfe. Als aktive Nationen sind hier vor allem die USA, Großbritannien und Frankreich zu nennen. Dabei hätte es vielleicht ausgereicht, hätte man von Anfang an „einfach nur" den Luftraum über Libyen gesperrt und unter internationale Kontrolle ge-bracht. So forderten gerade die Aufständischen von Beginn an: „Sperrt den Luftraum, mit Ghaddafi werden wir dann schon selbst fertig".- Eine Aussage die den Herrschenden „unserer" Lande vermutlich Bauchschmerzen bereitet hat. So gewährleistet diese Unterstützungsmaßnahme noch lange nicht den erhofften Export der westlich-liberalen Handelsdemokratie. Man schwankte mit der eigenen Entscheidung bis zu dem Punkt, wo eine passive Unterstützung nicht mehr sinnvoll gewesen wäre. Die Aufständischen waren mittlerweile so weit von Ghaddafis Truppen zurück gedrängt, dass nur aktive militärische Unterstützung von außen diese Auseinandersetzung noch potenziell drehen konnte. Aber gerade das machte das (militärische) Intervenieren scheinbar wieder lukrativ. Mischte man sich nun in den Konflikt ein, so würde der Interventionsmacht auch ein möglicher Sieg gebühren. Durch die dann eigenen militärischen Vormachtstellungen könnten ohne große Probleme ökonomische Ansprüche gestellt, ja vielmehr erzwungen werden. Und so kamen die Bomber schon sehr bald herbei geflogen. Die militärische Präsenz der Westkoalition ist zweifellos ein herber Schlag gegen das Ghaddafi-Regime, doch kann sie langfristig eine ebenso große Belastung für die Bevölkerung selbst werden. Der Krieg ist hier auf jeden Fall noch nicht lange vorbei...

Das Militär und sein Kriegspotential

Libyen ist allerdings nicht der einzige Schauplatz militärischer Präsenz. Nicht nur, dass das heimische Militär dieser Staaten immer wieder eine wichtige Rolle in der Niederschlagung der Aufstände spielt, es erfolgte auch eine weitere militärische Intervention. So entsandte Saudi-Arabien Truppen in den umtriebigen Bahrain. Anders als in Libyen handelt es sich aber um eine Intervention, die offen gegen die Rebellen ist. Betrachtet man dies im größeren Zusammenhang, so kann sich auch hieraus bei Zeiten eine gefährliche Konfrontationssituation entwickeln, selbst wenn sich saudische Truppen mittlerweile auch an der Libyen-Intervention beteiligen. Denn: Wie werden die nordafrikanischen und orientalischen Staaten kooperieren? Welche Bündnisse würden sich herauskristallisieren? Es gibt zumindest eine starke Kluft zwischen eher westlich orientierten Maghrebstaaten und den eher traditionell patriarchalischen, aber sehr reichen Golfstaaten innerhalb der arabischen Liga. Die Gefahr eines großen Krieges, der sich über weite Teile der Region erstreckt, steht ohne Frage im Raum. Des Weiteren bleibt es interessant, neben den medial präsenten Konfliktherden, auch einen Blick auf zwei verfeindete, recht militaristische Staaten in dieser Gegend zu werfen, welche jeweils klare Stellungen beziehen würden, Iran und Israel. Letztlich gilt es ebenfalls

auf globaler Ebene die Reaktionen von Weltmächten wie China oder Russland, welche sich bereits kritisch gegen die Libyen-Intervention äußerten, zu verfolgen. Jedoch dürfen bei all diesen brisanten Diskussion nicht die ursprünglichen Gründe der Aufstände in Vergessenheit geraten, gerade weil nur aus ihnen Schlüsse für ein konstruktives Vorgehen im Sinne der Gesamtbevölkerung gezogen werden können und schlussendlich auch einen stabilen Frieden garantieren.

Herrschaft und soziale Schieflage

Natürlich gibt es nicht den einen Grund, warum die Menschen Nordafrikas und des Nahen Ostens revoltieren. Doch lässt sich vieles auf einige große relevante Probleme zurückführen. Es ist natürlich unter anderem die Herrschaftsform, die die Leute dieser Länder auf die Straßen treibt. Die autoritären Regime drängen sich in den Alltag vieler Leute, lassen Individuen verrohen und verkümmern, aber dies ist bei weitem nicht der Hauptgrund. Denn neben einem sicherlich autoritären Regime, treibt eine noch viel autoritäre Fessel die Leute zum Protest hinaus. Das Geld. Es sind die sozialen Probleme, die Armut, der Hunger und die Krankheit der breiten Bevölkerung welche solche Ausnahmesituationen hervorrufen. Natürlich gibt es auch in diesen Ländern eine enorme Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Eine verhältnismäßig kleine bessergestellte, besitzende Schicht steht einem Heer hart arbeitender, bzw. perspektivloser und mittelloser Menschen gegenüber. Der Sturz der alten Machthaber ist also leider meist nur ein Scheinerfolg, denn die Geknechteten in diesen Ländern bleiben weiter geknechtet, egal ob eine importierte Demokratie, eine islamische Theokratie oder eine "gewöhnliche" Militärdiktatur usw. den Ton angeben

Eigene Praxis gegen die fremde Willkür!

Die klaren Wünsche nach ökonomischer und somit auch sozialer Besserstellung können nicht mit politischen Worthülsen umgesetzt wer-den, sondern nur durch die konkrete ökonomische Tat und die Reorganisation der Verteilung aller so dringend benötigten Versorgungsgüter durch die betroffene Masse selbst, nicht durch irgendwelche HerrscherInnen. Es ist vorrangig nicht wichtig, dass großartige Utopien in die Köpfe der Menschen gepflanzt werden. Gerade weil diese bei vielen Menschen im jetzigen gesellschaftlichen Entwicklungsstadium auf Unverständnis träfen, wäre es viel wichtiger, dass das, was die Masse in den Straßenrevolten einte, auch weiterhin zusammenschweißt. Das Band der Solidarität. Das Bewusstsein der Masse bzw. Klasse, dass sie sich alle in der kollektiven sozialen Benachteiligung gleichen und sie somit als Interessengemeinschaft zusammenhalten kann und muss, um wirklich progressive Veränderungen für die gesamte Gesellschaft zu erzielen. Eine Interessengemeinschaft, die nicht angeführt werden darf, egal von wem, sondern die sich in gegenseitiger Absprache ihre Bedürfnisse eigens organisiert. Sei es der Streik, als Wehrmethode gegen politische Willkür oder für die Erlangung besserer Lohn- und Arbeits- und letztendlich auch Lebensbedingungen, sei es der Aufbau eigener Kollektivbetriebe oder die Schaffung selbstverwalteter sozialer Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäuser aber auch Kultureinrichtungen zur Aufklärung und Verbreitung der eigenen Standpunkte. Die (basis-)gewerkschaftliche, also herrschaftsfreie und kämpferische Organisationsform ist der richtige Rahmen für ebensolche Vorhaben.

Ansätze und Potenziale hierfür finden sich bereits zweifellos in der Region, jetzt müssen sie verbreitet und ausgeweitet werden im Wettlauf gegen fremde Machtbestrebungen aus In- und Ausland, möglicherweise im Wettlauf gegen einen neuen großen Krieg, den die Welt lange nicht mehr gesehen hat. Solidarität mit der kämpfenden Basis! Gegen jede Macht und ihren Missbrauch! Für eine selbstbestimmte und emanzipierte ArbeiterInnenschaft in Maghreb, Orient und der ganzen Welt!

Sudoku

8	6	1		4				
		9		6	5		8	
4								9
	7		8		2			
	9							2
2	4	8	5					
	8		6	3		1		
5		7	2			3	6	
			7				2	

Die Geiseln von Khimki

Es folgt ein Artikel der ASJ Göttingen

Am Freitag, 18.März 2011, zum Tag der politischen Gefangenen setzte sich die Reihe der Soliaktionen für die „Gefangenen von Khimki" fort. Nachdem sich seit Sommer 2010, erstmals in der Russischen Föderation, eine ökologische Bewegung von der Basis her organisiert, steht diese im Fokus einer brutalen staatlichen Repression. So startete in den letzten Tagen ein politischer Schauprozess gegen Antifaschist*innen.

Daraufhin versammelten sich einige Aktivist*innen gegen 15:30 Uhr am Gänseliesel in Göttingen, um auf die Situation in Russland aufmerksam zu machen. Die Personen machten mit einem Transparent auf sich aufmerksam, das zur Solidarität mit Antifaschist*innen aus Russland in Deutsch, Englisch und Russisch aufrief. Dazu wurden Flyer über die Repression gegenüber Aktivist*innen sozialer Bewegungen in Russland verteilt. Es wurde versucht, mit möglichst vielen Personen in ein Gespräch zu kommen, was auch teilweise gelang. Gerade Jugendliche zeigten viel Interesse zu den Problemen politischer Aktivitäten abseits der Politik des russischen Parlaments.

Aber wie kam es eigentlich dazu?

2007 startete die Planung für die erste Mautautobahn in Russland von Moskau nach St. Petersburg. Um Profit zu erhöhen, wurde auf den Bau unnötiger Konsumtempel gedrängt, weshalb zusätzliche Wälder gerodet werden sollten. Der betroffene Wald von Khimki ist der letzte verbliebene Wald im ehemaligen Moskauer Grüngürtel. Trotz des großen Engagements für dessen Erhalt wurden die Pläne weiter umgesetzt. Im Sommer 2010 kam es darum zu einer Waldbesetzung. Von Bürger*inneninitiativen bis hin zu Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen beteiligte sich ein breites Spektrum an dem Öko-Camp. Die Repression ließ nicht lange auf sich warten. Da die anfänglichen Polizei-Schikanen nichts halfen, holten sich die Bauunternehmen rechtsradikale Hooligans zur Hilfe. Polizei und Rechtsradikale machten regelrecht Jagd auf die Aktivist*innen.

Kampf gegen die Bewegungen von unten

Doch nicht nur auf die Ökoaktivist*innen zielt der russische Staat, sondern ebenso auf kritische Journalist*innen, die über die Proteste berichten. Michail B., Chefredakteur einer Lokalzeitung, wurde verfolgt, sein Hund umgebracht, sein Auto angezündet und schließlich er selbst schwer verletzt.

Die Vorfälle sorgten für eine breite Solidaritätswelle. Ende Juli demonstrierten 400 Jugendliche aus dem Großraum Moskau unangemeldet und out of control gegen Waldabholzung, Polizei und Stadtverwaltung. Für die russischen Behörden ein Desaster, auf das sie Massenfestnahmen folgen ließen.

Brutalität und politische Justiz

Zudem wurden die bekannten Aktivisten Maxim Solopov und Aleksej Gaskarow verfolgt, festgenommen und ihre Wohnungen ohne rechtliche Grundlage durchsucht, obwohl ihnen keinerlei Beteiligung an einer Protestaktion nachgewiesen werden konnte. Die Vorfälle in Khimki waren ein willkommener Anlass einen weiteren Schlag gegen Aktivist*innen in sozialen Bewegungen auszuüben.

Doch dies war erst der Anfang einer brutalen Justiz. Maxim und Aleksej wurden ohne rechtliche Grundlage zwei Monate festgehalten und gefoltert. Denis Solopov, der Bruder von Maxim, ist auf Grund der staatlichen Repression in die Ukraine geflüchtet. Trotz laufendem Asylverfahren und von der UN anerkannten Flüchtlingsstatus, wurde er nun in Kiew festgenommen. Die ukrainischen Behörden planen ihn nach Russland abzuschieben, was einen groben Verstoß gegen international gültige Rechtsnormen bedeuten würde. Doch das ist dem russischen Staat egal, denn der Ausgang des Prozesses scheint eh schon festzustehen.

Durch eine große globale Solidarisierung im Herbst 2010 führte zur kurzzeitigen Freilassung der Aktivisten Gaskarow /Solopov. Jedoch nur bis zum dieser Tage beginnenden Prozesses, der bis zu acht Jahre Knast bedeutet kann.

Nun wird unsere Solidarität erneut benötigt. Dringender denn je. Lasst uns unseren Protest lautstark zum Ausdruck bringen.

Freiheit den gefangenen Aktivist*innen in Russland!

Feuer und Flamme der Repression, über alle Grenzen hinweg!

Solipage: khimkibattle.org

Spenden: Anarchist Black Cross Russia

Termine

15.04. | 19.00 Uhr | Infoveranstaltung
"Arbeit ist Krieg"
Hintergründe des internationalen Workers Memorial Day am 28. April, um der Todes-, Verletzungs- und Krankheitsopfer der Lohnarbeit zu gedenken.
Im FAU-Lokal, Lottumstr. 11, nähe U-Bhf Rosenthaler Platz (U8)/ Rosa- Luxemburg Platz (U2)

16.04. | 22 Uhr | Soliparty
Soliparty der ASJ Berlin für syndikalistische Arbeit in Berlin und die Tempest Library
In der K9, Kinzigstr. 9, U-Bhf Samariterstr. (U5)
(Infos auf unserem Blog)

23.04. | 19 Uhr | Podiumsdikussion
Podiumsdiskussion im Rahmen der Demo am 30. April zum Thema Gentrifizierung und Gegeninitiativen.
Im FAU Lokal (s.o.)
(Mehr Infos auf unserem Blog!)

30.04. | 16.30 Uhr | Demo
Am 30. April wird der Gentifizierung, speziell in P'berg und Mitte, der Kampf angesagt! Vorher findet auf dem Wismarplatz in Friedrichshain aber noch das traditionelle Walpurgisnachtkonzert statt (s. "Hinaus zum revolutionären 1. Mai!", S. 2).
Die Demo startet am Rosenthaler Platz (U8).

01.05. | Maifeiertag
09 Uhr Gewerkschaftsdemo U-Bhf Wittenberg Platz (U2)
18 Uhr Revolutioäre 1. Mai Demo U-Bhf Kottbusser Tor (U1)
(s. "Hinaus zum revolutionären 1. Mai!", S. 2).

16.05. | 19.30 Uhr | Podiumsdiskussion
Podiumsdikussion im Rahmen des diesjährigen Gedenkens an Dieter Eich unter dem Motto "Die verschwiegenen Toten".
Veranstaltung im Haus der Demokratie, Greifswalder Str.4 (M4, Am Friedrichshain)
(Infos siehe www.niemand-ist-vergessen.de)

24.05. | 17.30h Uhr | Kundgebung
Kundgebung zum Gedenken Dieter Eichs, der 2000 von Neonazis in seiner Wohnung in Berlin-Buch ermordet wurde.
Treffpunkt zur Kundgebung 17.30 Uhr S-Bhf Berlin-Buch (S2)

21.05. | 19 Uhr | Solitresen
Solitresen der ASJ Berlin.
Immer jeden dritten Samstag im Monat im Stadtteilladen Lunte
Weisestr. 53, nähe U-Bhf. Boddinstr (U8).

Wer sind wir und was wollen wir?

Selbstverständnis der ASJ Berlin

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher, mit dem Ziel gesellschaftlicher Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und Jugendlichen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Konzerte, Partys und Filmvorführungen, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in der Schule, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Veranstaltungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Wenn Du also unter 25 bist, deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen willst, dann komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam Lösungen finden.

Wir treffen uns jede Woche Dienstags 18.00 Uhr im FAU-Lokal Lottumstraße 11 (U Rosa-Luxemburg-Platz).
Im Internet unter www.asjberlin.blogsport.de

Andere ASJ-Gruppen:

Leipzig
http://asjl.blogsport.de/
asj-leipzig@googlegroups.com

Göttingen
http://asjgoe.blogsport.de/
asj-nds@gmx.de

Bonn
http://asjbonn.blogsport.de/
asjbonn@riseup.net

Mainz
http://asjmainz.blogsport.de/
asjmz@hotmail.de

Moers
http://asjmoers.blogsport.de/

Darmstadt
http://asjda.blogsport.de/
asjlsd@yahoo.de

Herne/ Recklinghausen
http://asjruhrpott.blogsport.de/
asjruhrgebiet@riseup.net

Region NRW
http://asjnrw.blogsport.de/